
Taiwan

*(26)

Angriff Beijings 1995 auf Taiwan?

Ein Politthriller, der kürzlich zum Bestseller in Taiwan geworden ist - 120.000 Exemplare wurden in mehr als zwei Monaten verkauft -, hat breite Beunruhigung und lebhaft Diskussionen auf der Insel ausgelöst. Der Autor des Buches mit dem Titel *1995 rui bayue - Zhonggong wuli fantai baipishu* ("Der Schaltmonat August 1995 - Weißbuch über Angriff chinesischer Kommunisten auf Taiwan") prophezeit, daß Beijing im Schaltmonat August (Doppel-August) des kommenden Jahres nach dem traditionellen chinesischen Mondkalender Taiwan militärisch angreifen werde. Für Beijing ist Taiwan eine abtrünnige Provinz Chinas, und es will Gewalt anwenden, falls Taiwan sich für die Unabhängigkeit von China erklärt, d.h. auf die chinesische Wiedervereinigung verzichtet.

Ein chinesischer Aberglaube besagt, daß der zusätzliche Monat eines Schaltjahres eine gute und eine böse Vorbedeutung habe - meist jedoch die letztere. Das Buch "Der Schaltmonat August 1995" geht davon aus, daß im Hinblick auf die bevorstehenden erstmaligen Präsidentenwahlen in Taiwan im Frühjahr 1996 die Unabhängigkeitsbewegung einen Höhepunkt erreicht, was Beijing einen Vorwand für militärische Intervention geben würde. Außerdem dürfte es auf dem chinesischen Festland bei einem Ableben von Deng Xiaoping (90) zu inneren Unruhen kommen. Eine militärische Aktion gegen die Unabhängigkeit Taiwans könnte von den inneren Problemen auf dem Festland ablenken, heißt es. (FT, 29./30.10.94; FEER, 13.10.94; JSND, Nov. 1994, S.32 f; *Taiwan aktuell*, München, 19.10.94)

Obendrein berichtete die japanische Zeitung *Sankei Shimbun*, wobei sie sich auf ein geheimes Dokument aus Beijing stützte, daß auf einer erweiterten Sitzung der Zentralen Militärkommission der VR China am 11. Juli über eine Offensive gegen Taiwan vor 1996 diskutiert worden sei. (SWB, 16.10.94) In der Tat macht Taiwans Chinapolitik neuerdings Beijing außerordentlich nervös. Wie berichtet (C.a.

6/1994, Ü 29), hat Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) in einem Interview mit dem japanischen Wochenblatt *Shukan Asahi* (5.-13. Mai 1994) es als einen "kuriosen Traum" der KPCh bezeichnet, Taiwan als Provinz der VR China anzusehen. Er meint, Taiwan sei in der Vergangenheit immer unter fremder Herrschaft gewesen und verglich seine Politik für Taiwans Zukunft mit dem biblischen "Exodus aus Ägypten". Im September d.J. bemühte sich die Regierung Taipei erneut um eine Rückkehr in die UNO, aus der sie 1971 wegen der Aufnahme Beijings ausgeschlossen worden war. Gleichzeitig hat Washington seine halbamtlichen Beziehungen zu Taiwan verbessert, und Anfang Oktober ließ Tokyo trotz des Protests aus Beijing zu, daß der Vize-ministerpräsident von Taipei, Xu Lide (Hsu Li-teh), zur Teilnahme an den Eröffnungsfeiern der 12. Asiatischen Olympischen Spiele in Hiroshima nach Japan einreisen konnte - die Einreise für Li Denghui wurde jedoch verweigert.

All dies läßt Beijings Vermutung über Taiwans Neigung zur Unabhängigkeit wachsen. Im September führte die chinesische Volksbefreiungsarmee (VBL) zwei große militärische Manöver, "Shensheng 1994" und "Donghai Nr.4", im südostchinesischen Küstengebiet gegenüber Taiwan durch. Auch Taiwan veranstaltete am 29. September eine große Kriegsübung, "Hanguang Nr.11", um seine Verteidigungskraft zu demonstrieren.

Angesichts der neuen Spannungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße nimmt die Zahl der Anträge auf bzw. Nachfragen nach Emigration unter der Bevölkerung in Taiwan dramatisch zu (s. entsprechende Übersicht in diesem Heft).

Auf dem Empfang für eine Delegation taiwanesischer Industrie- und Handelsunternehmer in Beijing hat Staatspräsident und Parteichef Jiang Zemin den angeblichen Angriffsplan auf Taiwan 1995 dementiert. Er sehe die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen im Gegenteil optimistisch und sprach seine Bereitschaft aus, bei "entsprechender Gelegenheit" Li Denghui zu treffen. Um nicht den Eindruck von "Zwei Chinas" zu erwecken, lehnte Beijing jedoch die Anregung Lis ab, eine Begegnung der beiden politischen Führer auf dem Gipfeltreffen der

APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) Mitte November d.J. in Indonesien stattfinden zu lassen.

Die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zeigen eine Spagatentwicklung zwischen Krieg und Frieden. Sofern sich Taiwan nicht zu einem von China unabhängigen neuen Staat erklärt, scheint eine Invasion der chinesischen VBL in Taiwan sehr unwahrscheinlich. Beijing hätte in dem Falle auch mit eigenen großen wirtschaftlichen und Menschenopfern sowie mit internationaler Isolation zu rechnen. Außerdem würde ein militärischer Konflikt in der Taiwan-Straße unvermeidlich Hongkong, das 1997 an Beijing zurückgeht, in Unruhe versetzen.

Die Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) bezeichnete das Buch *Der Schaltmonat August 1995* als eine "Intrige" einer Gruppe von Befürwortern der Einheit Chinas, um die Bevölkerung von einer Unabhängigkeit Taiwans abzuschrecken. Anfang Dezember werden die Regierungschefs der Provinz Taiwan und der zwei provinzfremden Großstädte Taipei und Kaohsiung (Gaoxiung) zum erstenmal gewählt. Die Unabhängigkeit Taiwans oder eine chinesische Wiedervereinigung stellen ein heißes Thema im Wahlkampf dar. -ni-

*(27)

Neue Emigrationswelle

In Taiwan zeichnet sich eine neue Auswanderungswelle ab. Nach Angaben privater Auswanderungsberatungsfirmen sind die Auswanderungsanträge in den letzten Monaten im Vergleich zum Vorjahr um das Dreifache gestiegen. Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre, als die USA Beijing als die einzig legitime Regierung Chinas anerkannten und sowohl die diplomatischen Beziehungen als auch das Bündnis mit Taiwan abbrachen, gab es den ersten Auswanderungshöhepunkt. Grund für die gegenwärtige Emigrationswelle, so heißt es, sind in erster Linie die erneuten Spannungen in den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße.

Eine ungewöhnlich hohe Zunahme von Emigranten aus Taiwan wird in den letzten Jahren von Kanada verzeichnet. 1993 sind kanadischen statistischen Angaben zufolge 9.849 taiwanesisch-

Bürger in das nordamerikanische Land eingewandert, d.h. eine Steigerung von 31,7% gegenüber dem Vorjahr mit 7.546. In den ersten neun Monaten 1994 belief sich die Zahl auf 5.146. Bereits im 1. Halbjahr 1994 sind mehr Taiwanesen als Hongkong-Chinesen nach Kanada ausgewandert und sind somit auf den ersten Platz aller Einwanderer in Kanada vorgerückt. 83% der Immigranten aus Hongkong und Taiwan in Kanada sind Unternehmer, die investieren wollen. Bis jetzt haben taiwanesishe Auswanderer Kanada rd. 400 Mio.US\$ an Investitionen eingebracht.

Seit 1993 gilt Kanada anstelle der USA als das meist bevorzugte Land für taiwanesishe Emigranten. Die halbamtliche US-Vertretung in Taiwan wies darauf hin, daß die Zahl der taiwanesischen Auswanderer in die Vereinigten Staaten in den vergangenen fünf Jahren ständig gesunken ist. Sie betrug im letzten Jahr 7.834 und in den ersten neun Monaten d.J. 4.616. Dem Innenministerium in Taipei zufolge ist die Anzahl der Auswanderer nach Australien 1991-93 ebenfalls gesunken, und zwar von 3.200 auf 774, die nach Neuseeland jedoch im gleichen Zeitraum von 924 auf 2.400 gestiegen. Nach Meinung des Ministeriums weise die Gesamtzahl von 20.000-25.000 Auswanderern jährlich in den vergangenen Jahren keine großen Verschiebungen auf - im Gegensatz zu dieser Ansicht meinen aber viele Experten, daß die Zahl der vergangenen Jahre die neue Entwicklung nicht widerspiegeln. Obendrein lägen dem Ministerium wegen nichtbestehender diplomatischer Beziehungen zu vielen Staaten nicht deren Statistiken vor. Viele, die keine großen Investitionen leisten können, wanderten in südamerikanische oder afrikanische Länder aus.

Andererseits ist ein großer Teil der taiwanesischen Auswanderer ebenso wie viele Hongkonger nach dem Erwerb eines Passes oder Aufenthaltsrechts im Ausland wieder nach Taiwan zurückgekehrt oder sind überhaupt nicht weggegangen. Nach internen Statistiken des Vereins von Auswanderungsberatungsfirmen haben nur 10% der "Auswanderer" tatsächlich Taiwan verlassen. Die meisten Emigranten haben nur das Motiv, eine politische Versicherung für die Zukunft zu erlangen. Seit Monaten befinden sich beide Seiten der Taiwan-Straße in einem heftigen diplomatischen Kampf. Während

Taiwan eine Rückkehr in die UNO und andere internationale Organisationen anstrebt, versucht Beijing, Taiwan überall zu isolieren. Anfang Dezember d.J. werden in Taiwan erstmals die Regierungschefs der Provinz Taiwan und der zwei provinzfürigen Großstädte Taipei und Kaohsiung (Gaoxiong) gewählt. Im Wahlkampf gibt es wieder scharfe Auseinandersetzungen über die Zukunftsfrage der chinesischen Wiedervereinigung oder Taiwans Unabhängigkeit von China. Angesichts der steigenden Tendenz für eine taiwanesishe Unabhängigkeit, zumal bei der größten Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), verstärkt Beijing seine militärische Drohung durch vermehrte Manöver von Streitkräften an der Taiwan gegenüberliegenden Küste. - All dies stellt den Hintergrund für die neue Auswanderungswelle in Taiwan dar. (LHB, 20., 29.10.94; ZYRB, 21., 25.10.94)

Die neue Emigrationswelle wird durch eine telefonische Meinungsumfrage der LHB am 24. und 25. Oktober bestätigt. Danach wollen 21% der Befragten ins Ausland emigrieren, 3% mehr als 1993 und 5% mehr als 1992, 41% der Auswanderungswilligen haben eine Hochschulausbildung und 29% sind im Alter von 20-39 Jahren. 40% von ihnen nennen als Auswanderungsgrund die schlechte Lebensqualität in Taiwan, einschließlich der chaotischen Verkehrszustände, Umweltverschmutzung, Preissteigerungen, und 35% sind über die politische und soziale Instabilität wie Geldeinfluß auf die Politik, Streit um die chinesische Wiedervereinigung oder taiwanesishe Unabhängigkeit, Tumulte im Parlament und potentielle Bedrohung seitens der Kommunisten vom Festland beunruhigt. Jeweils 5% der Auswanderungswilligen möchten für eine bessere Bildung ihrer Kinder bzw. aus beruflichen Überlegungen ins Ausland gehen. Als Wunschland bevorzugen 21% von ihnen Australien, 20% Kanada, 11% die USA, jeweils 6% Neuseeland und Singapur sowie jeweils unter 5% Europa und Japan. Insgesamt wurden 997 Erwachsene befragt, davon waren 47% Männer. (LHB, 26.10.94)

Am 27. Oktober appellierte Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) angesichts der neuen Emigrationswelle in einer Rede an die Bevölkerung, auf Taiwans Zukunft zu vertrauen. "Wenn man Taiwan wirklich liebt, dann soll man

nicht auswandern", sagte er. Er wies in diesem Zusammenhang auf den amerikanischen Film *Die Zehn Gebote* hin, in dem eine Gruppe von Israeliten beim Exodus aus Ägypten in der Wüste Sinai vom Blitzschlag getötet wurde, weil sie ihr Vertrauen in Moses verloren hatte und ihn hatte verlassen wollen. Diejenigen, die früher aufgrund mangelnden Vertrauens zu Taiwan ausgewandert seien, hätten meistens Mißerfolge erleben müssen. Er mahnte die Bürger, nicht aufgrund politischer Gerüchte zu emigrieren. (LHB, 28.10.94) Dagegen äußerte sich am 28. Oktober ein Großunternehmer, Wang Yongzai (Wang Yung-cai), daß auch er im Falle einer Unabhängigkeit Taiwans eine Auswanderung in Betracht ziehe, weil auch er einen Angriff chinesischer Kommunisten auf Taiwan befürchte. (LHB, 29.10.94; ZYRB, 30.10.94) -ni-

*(28)

Demokratisch-kommunistische Partei gegründet

Eine demokratisch-kommunistische Partei Taiwans ist einer Meldung der ZZ (21.10.94) zufolge gegründet worden. Nach eigener Angabe hat die Partei bereits 20.000 Mitglieder. An der Versammlung vom 16. Oktober zur Gründung der Partei nahmen 36 Repräsentanten teil. Zum Parteivorsitzenden wurde Wang Zhiyang (Wang Chih-yang) gewählt. Außerdem wählten die Delegierten ein aus acht Mitgliedern bestehendes Zentralkomitee, zum Generalsekretär wurde Li Kaijun (Li Lai-chun) ernannt. Ein Teil der Mitglieder sind auch Mitglieder der größten Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) und der Regierungspartei KMT (Kuomintang). Der Gründer und Parteivorsitzende der neuen Partei, Wang selbst, war oder ist noch Mitglied der DPP. Er sagte, er sei nicht von sich aus aus der DPP ausgetreten und wisse auch nicht, ob man ihn aus der DPP ausgeschlossen habe.

Wang erklärte, daß sich seine Partei als eine einheimische und demokratische Partei von der KPCh auf dem chinesischen Festland unterscheidet. Ihm zufolge habe die KPCh Bereitschaft signalisiert, mit der neuen demokratisch-kommunistischen Partei Taiwans Kontakt aufzunehmen und sie personell und finanziell zu unterstützen. Dies habe man jedoch abgelehnt.

Trotzdem ist noch ungewiß, ob das Innenministerium die Gründung einer kommunistischen Partei in Taiwan genehmigen wird. -ni-

*(29)

Konjunkturbelebung beschleunigt

Das Konjunktursignal, das die Regierung für das Ergreifen von entsprechenden Maßnahmen zur Lenkung der Konjunkturentwicklung anwendet, zeigte den statistischen Angaben des CEPD (Council for Economic Planning and Development) zufolge im September zum erstenmal seit fünf Jahren wieder auf "gelbrot" bzw. erreichte nach dem zusammenfassenden Bewertungssystem mit Noten 32 Punkte, d.h. den Eintritt in eine ideale Gangstufe mit moderat heißen Graden. Der Index des zusammengefaßten Frühindikators von Wirtschaftsleistungen stieg gegenüber dem Vormonat um 0,5% auf 116,5 Punkte, ebenfalls das höchste Niveau seit fünf Jahren.

Ferner ist auch der allgemeine Optimismus der Unternehmer in der Herstellungsindustrie über die weitere Konjunkturentwicklung gestiegen. Nach einer Meinungsfrage des CEPD erwarten 64% (im Vormonat 62%) von ihnen eine Fortdauer des gegenwärtigen Zustands auch nach den kommenden drei Monaten, 22% eine Besserung (22%) und 14% (16%) eine Verschlechterung. Auch Wirtschaftsminister Jiang Bingkun (Chiang Pin-kung) rechnet, ausgehend von einer Fortsetzung der Exportexpansion und einer zügigen Ausführung der wichtigen öffentlichen Bauprojekte nach Plan, mit einer soliden Konjunktur im kommenden Jahr. (FCJ, 4.11.94; ZZ, 4.11.94)

Im September hatten die Exportordern eine historische monatliche Rekordhöhe von 8,43 Mrd.US\$ zu verzeichnen, 20,57% mehr als im Vorjahresmonat. Dies ist auf die internationale Wirtschaftsbelebung und die Aufwertung des japanischen Yen zurückzuführen. Vom Januar bis September sind die Auftragseingänge beim Export kumulativ mit 68,54 Mrd.US\$ um 7,58% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. (LHB, 21.10.94; FCJ, 28.10.94) Für das ganze Jahr 1994 erwartet das Wirtschaftsministerium ein Exportordervolumen von über 90 Mrd.US\$. (ZZ, 28.10.94; ZYRB, 22.10.94) Der Exportwert vom September hat mit 7,6

Mrd.US\$ im Vergleich zum Vorjahresmonat 18,2% zugelegt, d.h. die höchste Zuwachsrate eines Monats seit zwei Jahren. Da der Monatsimportwert zugleich um 10,7% auf 6,55 Mrd.US\$ langsamer stieg, erhöhte sich der monatliche Handelsüberschuß um 104% auf 1,05 Mrd.US\$. Aber in den ersten neun Monaten nahm der kumulative Exportwert mit 66,81 Mrd.US\$ um 5,7% und der Importwert mit 61,87 Mrd.US\$ um 7,5% zu, damit rutschte der Handelsüberschuß beim Jahresvergleich um 13% auf 4,94 Mrd.US\$. Für das ganze Jahr wird ein Handelsüberschuß von 6,5-7 Mrd.US\$ erwartet, nach 7,8 Mrd.US\$ im Vorjahr. In der neunmonatigen Handelsbilanz von Januar bis September hatte Taiwan ein Defizit von 10,6 Mrd.US\$ gegenüber Japan (+1,3%) und 2,36 Mrd.US\$ gegenüber Europa (+210%), hingegen einen Überschuß von 4,29 Mrd.US\$ gegenüber den USA (-15,9%) und 14,09 Mrd.US\$ gegenüber Hongkong (+14,3%). (LHB, 8.10.94; ZYRB, 21.10.94; FCJ, 14.10.94) Ohne den Exportüberschuß gegenüber Hongkong hätte Taiwan also in den ersten neun Monaten ein Handelsdefizit von 9,15 Mrd.US\$ zu verzeichnen. Es ist hier zu bemerken, daß Taiwans Handelsüberschuß gegenüber Hongkong hauptsächlich aus den indirekten Exporten Taiwans nach dem chinesischen Festland entstand.

Da Taiwan nach wie vor direkte Kontakte mit dem Festland untersagt, läuft der chinesisch-chinesische Handel zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße größtenteils über Hongkong. Das taiwanesisches Komitee für die Angelegenheiten des Festlands wies, sich auf die Statistiken des Hongkonger Zollamts stützend, darauf hin, daß 8,83% der Gesamtexporte Taiwans in den ersten fünf Monaten 1994 nach dem Festland gingen (8,93% im ganzen Jahr 1993) und nur 1,42% des Gesamtimports im gleichen Zeitraum von dort kamen (1,43%). (LHB, 11.10.94) Der CEPD erwartet, daß Taiwans Exporte nach Hongkong und dem Festland 1994 gegenüber dem Vorjahr um 14,5% auf rd. 21,13 Mrd.US\$ steigen werden (in den ersten acht Monaten 13,5 Mrd.US\$, +10,8%) und damit die USA als größten Abnehmer taiwanesischer Handelswaren verdrängen. (FCJ, 30.9.94)

Als Folge der beschleunigten Konjunkturbelebung zog der Industrieproduktionsindex in den ersten neun Monaten

d.J. um 6% an. (LHB, 21.10.94) Ende September erreichten die Devisenreserven Taiwans eine neue Rekordhöhe von 91,9 Mrd.US\$, eine Zunahme von 8,4 Mrd.US\$ seit Anfang des Jahres. (LHB, 26.10.94)

Das Investitionsklima in Taiwan blieb aber weiter zurückhaltend. Zwischen 1990 und 1993 lag die durchschnittliche Jahresinvestitionsrate (Anteil am Bruttoinlandsprodukt) Taiwans mit 23,1% im Vergleich zu den Nachbarländern nur knapp vor der von den Philippinen (22,4%) und weit hinter der der anderen wichtigeren Nachbarn (alle über 30%). (LHB, 11.10.94) Andererseits haben die Investitionen Taiwans im Ausland seit Jahren ständig zugenommen. In den ersten sieben Monaten d.J. hat die Regierung Auslandsinvestitionen in Höhe von insgesamt 1.499,69 Mio.US\$ genehmigt, davon entfielen 466,01 Mio.US\$ oder mehr als 31,13% auf das chinesische Festland, 113,1 Mio.US\$ auf Hongkong, 97,39 Mio. auf die USA, 85,38 Mio. auf Panama. Es folgen Singapur, Thailand, Großbritannien, Japan und der pazifische Raum. (ZYRB, 26.10.94)

Da immer mehr arbeitsintensive Produktionen nach den Billiglohn-Nachbarstaaten und -Regionen, vor allem nach dem chinesischen Festland, ausgelagert wurden, schwächte Taiwans Exportpotential entsprechend ab. So hat Taiwan im ersten Halbjahr d.J. trotz der Wirtschaftsbelebung wertmäßig nur um 3,5% mehr Waren ausgeführt als vor einem Jahr, was weit hinter der Zuwachsrate auf dem chinesischen Festland mit 30,2%, in Malaysia mit 22% und auf den Philippinen mit 19,7% im gleichen Zeitraum lag. Auch die oben bereits erwähnte Exportzuwachsrate Taiwans in den ersten neun Monaten d.J. zeigte sich mit 5,7% bescheiden im Vergleich zu derjenigen der anderen "kleinen Tiger" wie Südkorea mit 13,6% und Singapur mit 24,6%. (LHB, 11.10.94; ZZ, 4.11.94)

Auf dem Arbeitsmarkt markierte die Arbeitslosenquote im August d.J. mit 1,99% eine siebenjährige Höhe, 0,09% mehr als vor einem Jahr. (AWSJ, 26.9.94) Die jährliche Inflationsrate, die im August d.J. mit 7,1% einen Höhepunkt seit zwölf Jahren erreicht hatte, fiel im September wieder auf 6,7% zurück. In den ersten neun Monaten betrug sie im Durchschnitt 4,2%, höher als das von der Regierung geplante

Ziel von 3,8% für das ganze Jahr 1994. (AWSJ, 6.10.94) Die Geldmenge (M2) rutschte im September mit einer Jahreszuwachsrate von 14,64% in die von der Zentralbank gesetzte "Sicherheitszone" zwischen 10 und 15%. Allerdings lag die Jahreszunahme von M1B immer noch hoch bei 19,73%. (LHB, 25.10.94)

Dank der beschleunigten Konjunkturbelebung hat die Zentralregierung im ersten Quartal des laufenden Finanzjahres 1994/95 (Juli-September) 27% mehr an Steuern eingenommen als vor einem Jahr, d.h. die höchste Zuwachsrate seit drei Jahren. Einschließlich der Regierungen auf allen Ebenen stiegen die gesamten staatlichen Steuereinnahmen um 15% auf 320,3 Mrd.NT\$, was schon knapp 30% des im Jahresbudget vorgesehenen Volumens entspricht. (LHB, 9.10.94) -ni-

Hongkong und Macao

*(30)

Pattens Bericht über die politische Arbeit in den letzten tausend Tagen der britischen Kolonie Hongkong

Der Gouverneur von Hongkong, Chris Patten, hat am 5. Oktober vor dem Legislativrat (Parlament) zum drittenmal den traditionellen Jahresbericht zur Lage der britischen Kolonie gehalten. Vor zehn Jahren, 1984, wurde zwischen London und Beijing eine Gemeinsame Erklärung unterzeichnet, wonach Hongkong 1997 an China zurückgegeben wird. Vor zwei Jahren, am 7. Oktober 1992, hatte Patten in seinem ersten Regierungsbericht vor dem Legislativrat seit seinem Amtsantritt als Gouverneur politische Reformen zur Beschleunigung der Demokratisierung in Hongkong vor der Wende 1997 angekündigt und dadurch einen heftigen und langwierigen Streit mit Beijing ausgelöst. Wie berichtet (C.a., Juni 1994, Ü 32), wurde nach dem endgültigen Abbruch der über ein Jahr andauernden Verhandlungen zwischen beiden Seiten das vom Gouverneur vorgeschlagene neue Wahlgesetz Hongkongs am 30. Juni d.J. vom Legislativrat verabschiedet. Beijing warf Patten vor, die sino-britische Vereinbarung verletzt und die chinesische

Übernahme von Hongkong erschwert zu haben. Ebenfalls wie berichtet (C.a., August 1994, Ü 40), hat der Ständige Ausschuß des chinesischen Nationalen Volkskongresses (Parlament) am 31. August d.J. beschlossen, nach der Rücknahme Hongkongs 1997 alle unter der britischen Kolonialregierung gewählten Parlamentsorgane aufzulösen und sie dann gemäß den chinesischen Gesetzen für Hongkong als eine Sonderverwaltungszone Chinas neu zusammenzusetzen.

Vom 5. Oktober d.J. bis zum 1. Juli 1997, also zwischen dem Datum des o.g. politischen Berichts von Patten und dem der Übergabe Hongkongs, verbleiben gerade noch tausend Tage. In seiner Rede unter dem Titel "Looking far beyond the final thousand days of British rule" ("Ausblicke weit über die letzten tausend Tage der britischen Herrschaft hinaus") hat der Gouverneur Beijing Versöhnung und Zusammenarbeit angeboten. Er sagte: "Wir wollen alles tun, was wert und praktisch ist für die Zusammenarbeit mit China während der verbleibenden tausend Tage britischer Herrschaft." An die chinesische Führung appellierte er, die bisherigen Differenzen zwischen den beiden Seiten beiseite zu schieben und gemeinsam für eine bessere Zukunft für die Bevölkerung Hongkongs zu arbeiten. Es läge weder im Interesse Großbritanniens, noch in dem Hongkongs und Chinas, wenn die Probleme über 1997 hinaus ungelöst blieben.

Patten forderte dazu auf, die Verhandlungen in der sino-britischen Gemeinsamen Liaisongruppe für den Übergang Hongkongs, vor allem über die großen Bauprojekte wie den neuen internationalen Flughafen und mehrere neue Containerhafenanlagen, die Gesetzesänderungen und die Errichtung eines Obersten Gerichtshofes in Hongkong, im Hinblick auf die sich nähernde Wende 1997 zu beschleunigen. Seine Regierung werde unverzüglich praktische und konstruktive Arbeiten für die Gründung der neuen Regierung Hongkongs als chinesische Sonderverwaltungszone aufnehmen, wenn der chinesische Nationale Volkskongreß planmäßig 1996 das Vorbereitungskomitee für die Übernahme Hongkongs einrichtet. Aber er lehnt es ab, mit dem Vorreiterorgan des geplanten Vorbereitungskomitees "Preliminary Working Committee" (Vorangehende Arbeitsgruppe) - im folgenden PWC -

offizielle Kontakte aufzunehmen. Als eine Konzession sei er aber nicht dagegen, daß sich die individuellen Mitglieder des PWC mit den Beamten Hongkongs in Verbindung setzen oder als Experten von der sino-britischen Gemeinsamen Liaisongruppe berufen würden. (Vollständiger Text von Pattens Jahresansprache 1994 vor dem Legislativrat in Englisch in SCMP, 6.10.94)

Die von Beijing gesteuerten Zeitungen in Hongkong bezeichneten Pattens Versprechungen zur Zusammenarbeit als nichts anderes als Lippenbekenntnisse oder Täuschung, um damit der chinesischen Seite die Schuld an den Verhandlungsverzögerungen zuzuschreiben. (DGB, 7.-9.10.94; XNA, 7.10.94; *Wen Wei Pao*, Hongkong, 6.10.94) Auch viele neutrale politische Beobachter halten sein Angebot für nichts neues oder für nicht viel mehr als eine Geste, weil er in seinem Bericht lediglich eine enge Zusammenarbeit mit den künftigen Institutionen auf chinesischer Seite - wie dem erst 1996 zu gründenden Vorbereitungskomitee und dem zu ernennenden Regierungschef - zusagt, konkrete effektive Sofortmaßnahmen für die Kooperation aber nicht genannt worden seien. (NfA, 7.10.94; NZZ, 8.10.94; SCMP, 6.10.94)

Eigentlich stellen die Wirtschafts- und Sozialprogramme die Hauptbestandteile von Pattens Regierungsbericht dar. Er hat angekündigt, in den kommenden fünf Jahren 30 Mrd.HK\$ (3,8 Mrd.US\$) für den Ausbau des modernen Straßennetzes und im Finanzjahr 1994/95 6,8 Mrd.HK\$ (872 Mio.US\$) für die alten Bürger, 6 Mrd.HK\$ (769 Mio.US\$) für die Behinderten, 15,4 Mrd.HK\$ (1,97 Mrd.US\$) für Wohnungsbau, 24 Mrd.HK\$ (3,1 Mrd.US\$) für Bildung und 1,7 Mrd.HK\$ (218 Mio.US\$) für Umweltschutz auszugeben. (XNA, 6.10.94) Die Wirtschaftsvertreter Hongkongs sehen in dem Wohlfahrtsgedanken das Aufkommen eines Sozialstaates westlicher Prägung, den sich Hongkong im Hinblick auf den Wettbewerb mit seinen asiatischen Konkurrenten kaum leisten könne. (NfA, 7.10.94) China warf Patten vor, auf Kosten der künftigen Regierung Hongkongs unter der chinesischen Souveränität großzügige Abschiedsgeschenke zu machen, obwohl Patten in seiner Rede beteuerte, 1997 Haushaltsreserven in Höhe von 120